



Absender: Name/Institution, Adresse

Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich
Josefstrasse 32
8005 Zürich

Vernehmlassung zum Entwurf Jugendheim- und Familienunterstützungsgesetz (JFG)
sowie zu den Entwürfen der mit dem JFG in Zusammenhang stehenden
Gesetzesänderungsvorlagen Volksschulgesetz (VSG) und Kinder- und Jugendhilfegesetz
(KJHG)

Rücksendung bitte bis spätestens 15. Juli 2014 an vernehmlassung@ajb.zh.ch

Bitte verwenden Sie für Ihre Stellungnahme diese Vorlage. Sie unterstützen damit eine zielgerichtete Auswertung.

Das Formular folgt weitgehend der Struktur des Gesetzesentwurfs und ist wie folgt gegliedert:

- Gesamtbeurteilung und allgemeine Bemerkungen
- Beurteilung der Kostenmodelle
- Allgemeine Bestimmungen
- Melde- und Bewilligungspflichten
- Leistungsvereinbarungen und Finanzierung
- Datenschutz
- Mit dem JFG in Zusammenhang stehende Gesetzesänderungsvorlagen: Volksschulgesetz (VSG) und Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung und danken für Ihre Unterstützung.



1. Gesamtbeurteilung und allgemeine Bemerkungen

Ein hoch komplexes Gesetz, dessen Auswirkungen für Laien nur schwer voraussehbar sind!
Die meisten unserer Antworten sind aus der Perspektive von Aussenstehenden entstanden und beleuchtet.

Aus diesem Grund verweisen wir auf die Vernehmlassungsantwort des DASSOZ (Dachverband sozial- und sonderpädagogischer Organisationen Kanton Zürich), die wir in vollem Umfang unterstützen.

Eine konzentrierte Zusammenfassung in Form einer dreiteiligen Synapse mit dem Ist-Zustand, dem Gesamtkosten-Modell und dem Tax-Modell wäre deshalb sehr hilfreich gewesen. Mit diesem Vergleichsverfahren würde sich auch dem interessierten Laien die komplizierte Materie leichter erschliessen lassen.



2. Beurteilung der beiden Kostenmodelle (§§ 13-14 E-JFG)

Im Rahmen der Vernehmlassung interessiert uns insbesondere Ihre Einschätzung der beiden Kostenmodelle und **welches der beiden Sie bevorzugen**.

Gemeinden mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen fahren mit dem Gesamtkostenmodell günstiger, da die Anzahl der unter Zwanzigjährigen für den Verteilschlüssel der Gemeindebeiträge beigeogen wird. Diese Gemeinden müssen für Bildung und Betreuung von Kindern ohnehin viel mehr finanzielle Mittel aufwenden als Gemeinden mit einem geringeren Anteil an jungen Menschen.

Wir bevorzugen deshalb das Gesamtkostenmodell.



3. Bemerkungen zu den Allgemeinen Bestimmungen

3.1 Allgemeine Bemerkungen

Beim Tax-Modell begrüssen wir, dass bei Streitigkeiten zwischen den Gemeinden über die Kostentragung die Bildungsdirektion eine Entscheidungskompetenz besitzt.

3.2 Bemerkungen zu spezifischen Bestimmungen

Bemerkungen / Empfehlungen zu den einzelnen Paragraphen

Keine Bemerkungen



4. Bemerkungen zu den Melde- und Bewilligungspflichten

4.1 Allgemeine Bemerkungen

Die neuen bundesrechtlichen Bestimmungen erlauben dem Kanton, seine eigenen gesetzlichen Bestimmungen auf ein Minimum zu beschränken und die Details auf Verordnungsstufe zu regeln. Diese Anpassung erachten wir als zweckmässig.

4.2 Bemerkungen zu spezifischen Bestimmungen

Bemerkungen / Empfehlungen zu den einzelnen Paragraphen

Wir begrüssen die Zusammenführung der Bewilligung - und Aufsichtspflichtinstanz im Bereich der Jugendheime und neu der Familienpflege bei einer einzigen Behörde. Sehr häufig tangieren Fälle der Familienpflege auch das schulische Feld, sodass die Bildungsdirektion unserer Meinung nach die richtige Kontrollinstanz ist.



5. Bemerkungen zu Leistungsvereinbarungen und Finanzierung

5.1 Allgemeine Bemerkungen

Die Regelungen über die Leistungsvereinbarung entsprechen üblichen Standards.

Es ist vernünftig, dass auch Kinder aus andern Kanton in Sonderschulheimen im Kanton Zürich bei voller Übernahme der Kosten durch ausserkantonale Stellen aufgenommen werden können.

5.2 Bemerkungen zu spezifischen Bestimmungen

Bemerkungen / Empfehlungen zu den einzelnen Paragraphen

Keine Bemerkungen.



6. Bemerkungen zum Datenschutz

6.1 Allgemeine Bemerkungen

Ein Austausch von Personendaten eines Jugendlichen zwischen den beteiligten Stellen ist zum besseren biografischen Verständnis und für den erzieherischen Erfolg oft unumgänglich. Eine verantwortungsvolle Aufhebung der sonst üblichen strengen Datenschutzregeln erachten wir deshalb für richtig.

6.2 Bemerkungen zu spezifischen Bestimmungen

Bemerkungen / Empfehlungen zu den einzelnen Paragraphen

Es ist schwierig abzuschätzen, wieweit mit der Schaffung einer kantonalen Individualstatistik der Betreuungsfälle der Auftrag der Erziehungspersonals durch zusätzliche administrative Arbeiten belastet würde. Ob der Vorteil einer zentralen Erfolgskontrolle für die erzieherischen Betreuungsmassnahmen gerechtfertigt ist, hängt vom Ausmass des erwähnten Zusatzaufwands ab.

Wir beurteilen die vorgesehene Neuerung eher skeptisch.



7. Bemerkungen zu den Änderungen des Volksschulgesetzes (VSG)

7.1 Allgemeine Bemerkungen

Die Änderungen im Volksschulgesetz ergeben sich aus dem JFG und sind konsequent ins VSG eingebaut worden.

7.2 Bemerkungen zu spezifischen Bestimmungen

Bemerkungen / Empfehlungen zu den einzelnen Paragraphen

Keine Bemerkungen



8. Bemerkungen zu den Änderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG)

8.1 Allgemeine Bemerkungen

Keine Bemerkungen

8.2 Bemerkungen zu spezifischen Bestimmungen

Bemerkungen / Empfehlungen zu den einzelnen Paragraphen

Keine Bemerkungen